dischen Sowjetbürgern ein, die seitdem die Mehrheit in den jüdischen Gemeinden darstellen.

Für ihre Ausführungen wählt Rürup einen themenbezogenen Ansatz und baut ihr Buch wie eine Biografie auf. Damit kann sie wesentlich stärker einzelne Alltagsbereiche fokussieren und Unterschiede wie auch Gemeinsamkeiten zwischen Juden und Nichtjuden herausarbeiten. Dabei lassen sich Wiederholungen nicht immer vermeiden. Und auch wenn Rürup ihr Thema aufgrund der gebotenen Kürze weniger differenziert behandeln kann, wie es seiner Komplexität angemessen wäre – das Ziel, einen allgemeinverständlichen Einstieg zu vermitteln, hat sie erreicht. Das Buch ist daher jedem zu empfehlen, der sich auf Basis des aktuellen Forschungsstands einen Überblick über „Alltag und Gesellschaft" der deutschen Juden seit Ende des 18. Jahrhunderts verschaffen möchte.

Neue Polit. Lit. (2019) 64:381–384
https://doi.org/10.1007/s42520-019-00068-6

Hentschel, Armin/Hopfenmüller, Julian: Der lokale Staat. Vier Perioden der Soziogenese deutscher Städte, 330 S., Metropolis, Marburg 2017.

Christiane Reinecke

Online publiziert: 17. Mai 2019
© Gesellschaft zur wissenschaftlichen Förderung politischer Literatur e.V. and the Author(s) 2019

Was Städte eigentlich sind und wie sie als abgrenzbare (administrative oder sozialräumliche) Einheiten hervorgebracht werden, diese Frage beschäftigt in der Stadtforschung aktuell eine wachsende Zahl von Autorinnen und Autoren. Eher als „die Stadt" als scheinbar selbstverständliche Einheit der Analyse oder als gegebenen Untersuchungsraum vorauszusetzen, gehen sie davon aus, dass Städte das stets veränderliche Produkt zeitgenössischer Praktiken darstellen. Meist durch Ansätze der Akteur-Netzwerk-Theorie inspiriert, plädieren sie dafür, Städte nicht als geschlossene Einheiten zu verstehen, sondern sie als das wandelbare Produkt von Materialitäten, Akteuren und Praktiken zu analysieren.

Selbst wenn sie analytisch einen grundlegend anderen Weg einschlagen, plädieren auch die beiden Autoren der vorliegenden soziologischen Studie, Armin Hentschel und Julian Hopfenmüller, dafür, die Stadt und das Städtische nicht als Gegebenes

C. Reinecke (✉)
Osnabrück, Deutschland
E-Mail: christiane.reinecke@uni-osnabrueck.de

hinzunehmen. Im Mittelpunkt ihrer Analyse steht die Genese von Städten als administrative Einheiten, lokale Subsysteme des Staates und besondere Orte des sozialen Lebens. Stark von Pierre Bourdieu und dessen Ansätzen inspiriert, befassen sich beide mit der Soziogenese von Städten, die sie zu der Entwicklung von Staat und Staatlichkeit in Relation setzen. Ihre zentrale These, dass Stadt und Staatlichkeit, Lokal- und Zentralstaat sich in einem engen Wechselverhältnis zueinander entwickelten, verfolgen sie in einer Perspektive der *longue durée* bis in die Frühe Neuzeit zurück. Eher als nach der situativen, handlungstheoretischen Konstruktion von Stadt und Städtischem zu fragen, interessieren sich Hentschel und Hopfenmüller damit für eine relationale und strukturgeschichtliche, an längerfristigen Pfadabhängigkeiten orientierte Erklärung der spezifischen Positionierung von Städten im deutschen Staatswesen.

Ihrem soziogenetischen Ansatz entsprechend, nehmen die Autoren in dem historisierenden Hauptteil ihrer Studie vier Phasen der Entwicklung von Stadt und Staatlichkeit in den Blick: 1.) das sich in der Frühen Neuzeit herausbildende Staatensystem, 2.) die im 19. Jahrhundert im Zuge von Industrialisierungsschüben voranschreitende Urbanisierung, 3.) Stadt und Staatlichkeit in den sogenannten Wirtschaftswunderjahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, 4.) Staats- und Stadtgenese nach dem Mauerfall. Den Staat untersuchen die beiden dabei als System öffentlicher Institutionen. Sie fragen nach Berufsbeamtentum, Recht, Polizei, Militär und Politik und widmen vor allem der Ausbildung eines relativ autonomen bürokratischen Feldes und Berufsbeamtentums, dessen Angehörige nicht mehr der direkten Weisungsbefugnis von Feudalherren unterstellt sind, besondere Aufmerksamkeit.

Dem sich verschiebenden Verhältnis von Lokal- zu Zentralstaatlichkeit gehen die beiden Autoren dann allerdings wenig systematisch nach: Während in den Abschnitten zur Frühen Neuzeit das Verhältnis von Stadt und Staat tatsächlich noch einen zentralen Bezugspunkt bildet, verlagert sich die Analyse der entstehenden Industrie- und Bürgergesellschaften des 19. Jahrhunderts eher auf die soziale Bedeutung von Urbanisierungsprozessen. Dass Städte in der Frühen Neuzeit ökonomisch wichtig für die wachsende Macht des Zentralstaates waren und sich zugleich früh aus feudalen Bezügen und Verpflichtungen lösten, spielt damit eine Rolle. Wie sich dann aber die Kompetenzen der städtischen Gemeinden im Zuge der (National-)Staatsbildungsprozesse im langen 19. Jahrhundert änderten – beispielweise, indem sich mit der Entwicklung sozialstaatlicher Sicherungssysteme deren Stellung im Armenrecht entscheidend verschob oder indem sich infolge der Reichsgründung die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Stadt, Land und Reich erhöhten –, derartige Fragen finden kaum Beachtung. Mit Blick auf die „Staatsproduktion“ nach dem Zweiten Weltkrieg wiederum gehen die beiden Autoren zunächst anhand der Verfassungsgebung und des Rechtssystems der Bundesrepublik auf Kontinuitäten zur NS-Zeit ein, verweisen dann auf die wachsende Bedeutung eines „Expertenstaates“ und wenden sich erst anschließend, unter anderem am Beispiel der Gebietsreformen der späten 1960er Jahre, den Machtkämpfen um die Stadt als lokalem Staat zu. Zwar führen Hentschel und Hopfenmüller dabei an, dass (west-)deutsche Gemeinden „80 % aller Bundes- und Landesgesetze lokal“ (S. 155) umsetzen und sie verweisen auf die Notwendigkeit, sozialstaatliche Institutionen lokal zu verankern. Auch sind diese

Hinweise durchaus interessant. Doch gehen beide Autoren auf diese Punkte letztlich nicht ausführlich ein. Ihr Abschnitt zu den 1990er Jahren wiederum setzt sich zunächst ausführlicher mit der Bedeutung transnationaler Migrationsprozesse für das städtische Wachstum und dessen Wahrnehmung auseinander. Damit verlagert sich der Fokus der Analyse abermals. Auch ist aus historischer Sicht mindestens überraschend, dass die beiden Autoren die Relevanz transnationaler Prozesse erst in den 1990er Jahren beginnen lassen. Schließlich waren Umstrukturierungen in der Bürokratie und im (National-)Staat als Personal- und Territorialverband im 19. und 20. Jahrhundert immer wieder von Migrationsprozessen und globalen wirtschaftlichen Umstrukturierungen geprägt, während sich diese Prozesse zugleich häufig in Städten verdichteten. Um Stadt und Staat als Produkte solcher Faktoren und der sozialen Kämpfe, in die sie eingebunden waren, analysieren zu können, müsste nach der Relevanz solcher Prozesse früher gefragt werden.

Tatsächlich ist die Vielzahl an untersuchten Feldern und Faktoren noch weitaus größer als hier aufgezählt. Welche Bedeutung diese Felder und Faktoren aber jeweils für den Gegenstand der Studie, für die städtische Gemeinde als „lokalisierter Erscheinungsform des Staates" haben, machen beide Autoren nicht immer deutlich. Damit droht ihrer Analyse aber der rote Faden verloren zu gehen. Überhaupt scheint zu schwanken, was die Studie in erster Linie erklären, hinterfragen oder kritisieren möchte. Mal scheint es die soziologische These einer sogenannten Renaissance der Städte sein, die kritisch überprüft werden soll, mal liegt der Schwerpunkt mehr auf Städten als administrativen Räumen, die in ihrer Funktion für den Zentralstaat beschrieben werden sollen. Zwar machen die Autoren Zusammenhänge zwischen diesen beiden Elementen aus, doch erscheint an ihrem letztlich historisch-genealogischen Anspruch problematisch, dass unklar bleibt, was genau in seiner Genese eigentlich besser verstanden werden soll.

Insgesamt dürfte die Studie eher für die soziologische als für die historische Forschung eine Bereicherung darstellen. Das wiederholt formulierte Plädoyer für eine stärker historisierende Sicht auf die Genese von Staat und Stadt dürfte sich ohnehin stärker an Soziologen richten als an Historikerinnen und Historiker. Aus historischer Sicht hingegen erscheinen einige der Appelle, die beide Autoren im Laufe ihrer Analyse formulieren, insofern wenig produktiv, als sie in Teilen schon längst erhört worden sind. Das gilt im Kleinen wie im Großen. Der These der über 1945 hinausreichenden personellen und strukturellen Kontinuitäten zum NS-Herrschaftssystem etwa fehlt das Überraschende. Vor allem aber existiert zur Genese moderner Staatlichkeit eine durchaus lebhafte historische Forschung, die noch stärker hätte Beachtung finden können. Und zwar nicht der Vollständigkeit halber, sondern weil diese Forschung für das Nachdenken über Städte und Staaten wichtige Argumente bereithält. Beispielsweise wäre es aus historischer Sicht naheliegend gewesen, sich ausführlicher mit der Literatur zur Geschichte lokaler Armenfürsorge und zur Stadt als Wohlfahrtsstadt (Wilfried Rudloff) zu befassen und deren Beobachtungen in die eigene Analyse zu integrieren. Auf diese Weise ließe sich viel strukturierter über die Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der (eigenmächtigen oder lediglich ausführenden) Rolle von Städten bei der Umsetzung staatlicher Gesetze diskutieren, die beide Autoren vornehmlich mit Blick auf die Bundesrepublik thematisieren. Ähnlich produktiv hätte die Auseinandersetzung mit den stärker globalhistorisch ausgerichteten

Diskussionen um die Positionierung von Städten und Staaten im Rahmen der sich verdichtenden Globalisierung von Märkten, Infrastrukturen, Kommunikations- und Austauschbeziehungen seit dem späten 19. Jahrhundert sein können. Diese Literatur liefert eine andere Erzählung genau jener Prozesse nationalstaatlicher Integration und Territorialisierung, die beide Autoren als wichtige Faktoren einer veränderten Positionierung der Städte auszumachen scheinen.

Am ehesten liegt die Leistung dieser Studie damit in ihrer Syntheseleistung: in dem Versuch, einen großen historischen Bogen von der Frühen Neuzeit bis in das 21. Jahrhundert zu schlagen und dabei nachdrücklich auf die Bedeutung historisch gewachsener (wenngleich veränderlicher) Strukturen und Pfadabhängigkeiten im Verhältnis von Flächen- oder Zentralstaat und Stadt hinzuweisen. Ein neues historisches Narrativ kommt dabei nicht heraus, eine Kritik an vereinfachten Vorannahmen der stadtsoziologischen Image-Debatte und ein nachdrückliches Plädoyer für historisch-genealogische Argumentationen allerdings schon.

Neue Polit. Lit. (2019) 64:384–386
https://doi.org/10.1007/s42520-019-00071-x

Köstering, Susanne: Ein Museum für Weltnatur. Die Geschichte des Naturhistorischen Museums in Hamburg, 344 S., Dölling und Galitz, Hamburg 2018.

Dominik Collet

Online publiziert: 17. Mai 2019
© Gesellschaft zur wissenschaftlichen Förderung politischer Literatur e.V. and the Author(s) 2019

Museen werden seit einigen Jahren als gesellschaftliche *contact zones* neu entdeckt. Im Zuge des *material turns* sind auch ihre Objekte wieder Gegenstand einer breiten wissensgeschichtlichen Forschung geworden. Im Schatten des Berliner Humboldt-Forums gilt dies nicht zuletzt für die weltumspannenden Netzwerke der oft unterschätzten akademischen Sammlungen. Susanne Kösterings Band verdankt seine Entstehung jedoch nicht diesen aktuellen Debatten, sondern dem 175-jährigen Jubiläum des beschriebenen Museums. Er bietet dementsprechend eine gut recherchierte Institutionengeschichte des ehemaligen Naturhistorischen Museums in Hamburg, geht aber auf die museologischen und wissensgeschichtlichen Debatten nur am Rande ein. Im Zentrum stehen Sammlungsentwicklung, Forscherpersönlichkeiten und

D. Collet (✉)
Heidelberg, Deutschland
E-Mail: dominik.collet@uni-heidelberg.de